

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellenrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellenrgd.ch)

Zürich, 8. Juli 2024

**Dossier Nr. 10186, «Club» vom 28. Mai 2024 – «Nahe Osten - gibt es noch Hoffnung?»**

Sehr geehrte Frau XY

Mit Mail vom 29. Mai 2024 beanstanden Sie obige Sendung wie folgt: «<https://medien.srf.ch/-/club-nahe-osten-gibt-es-noch-hoffnung->

*«Die Sendung SRF Club vom 28.5.2024 verletzt Sachgerechtigkeitsgebot, Meinungsbildungsgebot und Transparenzgebot und das Gebot der Abbildung von unterschiedlichen, vielfältigen politischen Meinungen.*

*Der SRF Club zu «Club»: Nahe Osten – Gibt es noch Hoffnung? widerspricht durch die einseitige Auswahl der Gäste der Sachgerechtigkeit, dem Gebot auf freie Meinungsbildung sowie dem Transparenzgebot. Die Gäste sind alle einseitig pro-arabisch, pro-palästinensisch und teils extrem israelfeindlich, antizionistisch, antisemitisch - sind diesbezüglich im Netz auch für ihren Israelhass oder massive Israelkritik bekannt. Es gibt im SRF Club keine einzige israelische Stimme, es gibt keine einzige wissenschaftliche Stimme, die das Vorgehen Israels durchaus militärgeschichtlich einordnen kann und will.*

*Die Gäste sind dem Thema nicht sachgerecht, sondern massiv einseitig zusammengestellt. Die Zuschauenden können sich keine eigene Meinung bilden, sondern werden dazu genötigt, gegen Israel und seinen Verteidigungskrieg und für Palästina, teils sogar die Terrorpropaganda der Hamas einzustehen.*

*Es gibt kein Transparenzgebot zu den Gästen; diese werden manipulativ als "Experten" präsentiert, während alle Teilnehmenden, wie online leicht festzustellen, AUSSCHLIESSLICH PRO-PALÄSTINA und gegen Israel als Staat und Israels gewählte Regierung argumentieren, veröffentlichen und publizieren.*

*Schon der Einstieg in die Sendung verletzt Sachlichkeit, Informationsgebot und offene Meinungsbildung:*

*„Zerstörte Häuser in Gaza, eingekesselte Menschen“ mit Fernseh-Bildern ohne Quellenangabe. Doch dies ist hier nicht der Kernpunkt, sondern es geht um die Gäste, die Sachlichkeits- und Transparenzgebot, Vielfalt und Informationspflicht von SRF verletzen. Die Gäste hätten punkto Transparenz DRINGEND IN DER SENDUNG auf ihre wissenschaftliche, aktivistische und politische Herkunft vorgestellt werden müssen. Die Zuschauenden hatten keine Ahnung, dass unter den Gästen zwar Experten, aber explizit ANTIISRAELISCHE, ANTIZIONISTISCHE und teils extrem pro-palästinensische Personen sind, wie im Netz mit einem Klick feststellbar ist. Der Moderator hätte grad zu Beginn der Sendung erwähnen MÜSSEN, DASS KEINE EINZIGE PRO-ISRAELISCHE STIMME UND AUCH KEINE EINZIGE WISSENSCHAFTLICHE STIMME ZUM MILITÄRPOLITISCH VORGEHEN ISRAELS anwesend sei. Dies wäre extrem wichtig gewesen für die MEINUNGSFINDUNG FÜR DIE ZUSCHAUENDEN.*

*Wer war da?*

- *Manuel Bessler, Vizepräsident der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften;*
- *Jasr Kawkby, Kinderarzt, geboren in Gaza;*
- *Dana Landau, Politologin und Friedensforscherin, mit familiären Beziehungen zu Israel;*
- *Reinhard Schulze, Islamwissenschaftler; und*
- *Oliver Diggelmann, Völkerrechtler.*

*Dana Landau gehört zu Swisspeace, dem stark antizionistischen Aktionszentrum, dem erst kürzlich die öffentliche Förderung wegen antisemitischer und antizionistischer Parolen des Instituts entzogen wurde. In der Diskussion am Schauspielhaus äusserte sich Dana Landau extrem anti-israelisch, anti-zionistisch und lässt sich in ihren Aussagen dem "Kauft nicht bei Juden" BDS gegen Israel einordnen siehe*

*<https://www.schauspielhaus.ch/de/news/28826/podium-israel-palstina-perspektiven-auf-den-krieg>*

*Manuel Bessler Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften: Die IDF belegt seit dem 7. Oktober die antizionistischen und antiisraelischen Kampagnen des Roten Kreuzes. Die amtierende Präsidentin des Roten Kreuzes war lange in enger UN-Beziehung mit der höchst umstrittenen, da der Hamas-Kooperation verdächtigen mit Milliarden von Euros und Schweizer Franken gesponsorten UNWRA. <https://www.nzz.ch/schweiz/israel-nahes-genferngo-kritisiert-die-wahl-neuen-ikrk-generaldirektors-scharf-ld.1772702> Das IKRK wird von Israel nicht mehr als neutrale Hilfsorganisation gehandelt.*

*Jasr Kawkby stammt aus Gaza und ist stark antiisraelischer Aktivist der Hamas-nicht verurteilenden Organisation Palästina Solidarität Schweiz (PSS). SEINE zutiefst voreingenommene, ideologische Haltung gegen Israel ist öffentlich, bekannt und explizit, siehe u.a. <https://swiss-palestine-network.ch/de/veranstaltungen/725-zuerich-podium-schauspielhaus-x-republik/2024-04-21-11-00>*

*Reinhard Schulze ist Islamwissenschaftler, emeritiert und bekannt für seine sehr pro-arabische Haltung in Israelfragen und für ein möglichst baldiges Ende des Krieges. Er traut zudem Israel nicht zu, den Krieg gegen Hamas zu gewinnen, ergo ist der Krieg eigentlich völlig sinnlos, siehe <https://www.srf.ch/news/international/experte-zum-nahostkrieg-das-hamas-geflecht-zu-zerschlagen-ist-sehr-schwierig>*

*Oliver Diggelmann ist als Völkerrechtler explizit in der Verurteilung von Israel, siehe u.a. <https://www.zdf.de/nachrichten/zdf-morgenmagazin/diggelmann-hamas-israel-krieg-methoden-100.html> Er unterstützt sogar den völlig absurden Vorwurf an Israel, Völkermord zu begehen, siehe <https://www.srf.ch/news/international/proteste-an-schweizer-unis-vorwuerfe-gegen-israel-das-steckt-hinter-pro-palaestina-parolen>*

*SRF Club hat also in der Diskussion über den Nahen Osten keine einzige israelische Stimme, keine einzige Anti-Palästina-Stimme, keine einzige wissenschaftlich-objektive Stimme zum Nahen Osten eingeladen. Die Sendung verletzt Sachgerechtigkeit, Transparenz über die Gäste und behindert die freie Meinungsbildung. Die Zusammensetzung der Gäste ist eine gezielte Manipulation, politisch wie wissenschaftlich unobjektiv und massiv einseitig ANTI-ISRAEL.*

*Redaktionelle Sendungen mit Informationsgehalt müssen Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann; Ansichten und Kommentare müssen als solche erkennbar sein. Der SRF Club verletzt jedes dieser Gebote und ich bin extrem schockiert über die journalistische Disqualifikation der SRF Club-Redaktion. PD Dr. Regula Stämpfli, Hannah Arendt Lectures HSG, Universität St. Gallen, falls Sie mir diese persönliche Meinung erlauben.*

**Die Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Gerne legen wir dar, nach welchen Kriterien die Runde der Gäste zusammengestellt wurde: Der Fokus sollte auf der **Hoffnung** liegen. Gibt es Hoffnung, aus dieser Gewaltspirale im Nahen Osten herauszufinden? Wenn ja, was könnten mögliche Ansätze sein? Wir gingen von der Prämisse aus, dass die Gewalt im Nahen Osten bisher keine Lösung gebracht hat. Und dass die aktuelle Situation für alle Seiten schlimmer scheint denn je: Die Hamas hat mit dem Angriff auf Israel erreicht was sie wollte. Mit ihren Verbrechen hat sie die israelische Armee dazu gebracht, in Gaza Krieg zu führen. Möglichst viele Tote, Palästinenser und jüdische Israelis, das nützt der Hamas. Bekanntlich ist es der Hamas egal, wie viele Menschen sterben, es geht darum, den Hass auf Israel zu schüren.

Wir gingen von diesem Tiefpunkt in der Geschichte Israels aus. Noch nie war das Land international so isoliert, der Antisemitismus ist weltweit auf dem Vormarsch, das Leiden der Bevölkerung in Gaza wird instrumentalisiert. Die gegenwärtige israelische Regierung kennt als Antwort auf den Terror der Hamas nur eine Antwort, nämlich Krieg.

Nun ging es uns NICHT darum, im Club über Sinn und Unsinn dieses Krieges zu diskutieren. Wir diskutierten NICHT über das Recht Israels auf Selbstverteidigung. Wir wollten keine unversöhnlichen Positionen, keine extremen Meinungen. Wir wollten eine Runde, die diskutiert, welche möglichen Wege aus dieser Gewaltspirale allenfalls denkbar sind. Entsprechend haben wir Gäste ausgesucht, die sich auskennen im Nahen Osten, die sich auskennen mit Völkerrecht, Gäste, die das Leid der Angehörigen der israelischen Geiseln, und das Leid der palästinensischen Bevölkerung aus eigener Anschauung kennen. Für das Thema haben wir uns vor dem Hintergrund entschieden, dass der Internationale Strafgerichtshof Antrag auf Haftbefehl gestellt hatte, gegen den israelischen Premier Benjamin Netanjahu und seinen Verteidigungsminister, sowie gegen drei führende Köpfe der Hamas. Zur Aktualität gehörte auch die Aufforderung des Internationalen Gerichtshofs an Israel, die Kampfhandlungen in Rafah sofort einzustellen. Zudem hatten verschiedene europäische Länder am Dienstag, also am Tag unserer Sendung, Palästina als Staat anerkannt. Norwegen zB mit dem expliziten Ziel, ein Zeichen zu setzen gegen den Krieg in Gaza, für eine mögliche Lösung.

Soweit der aktuelle Hintergrund, der bei der Auswahl der Gäste eine Rolle spielte. Wir möchten noch einmal betonen, dass der Fokus auf möglichen Lösungen JENSEITS des Krieges in Gaza lag, dass wir also NICHT den Krieg als solchen diskutieren wollten. Die Haltung Israels ist allgemein bekannt, es war unseres Erachtens nicht nötig, jemanden einzuladen, der die Position der israelischen Regierung und Armee vertritt. In einem Einspieler kam Benjamin Netanjahu zu Wort, der den Chefankläger des ICC als «grössten Antisemiten unserer Zeit» bezeichnete.

Die Beanstanderin kritisiert in erster Linie die Auswahl der Gäste.

**Oliver Diggelmann** ist ein hoch angesehener Professor für Völkerrecht, Öffentliches Recht und Staatsphilosophie der Universität Zürich. Ihn haben wir eingeladen, weil wir auf den Internationalen Strafgerichtshof eingehen wollten, der Antrag auf Haftbefehl gegen drei Hamas-Führer und gegen Benjamin Netanjahu und seinen Verteidigungsminister gestellt hat. Oliver Diggelmann ist für solche Fragen ein ausgewiesener Experte.

**Reinhard Schulze** ist Islamwissenschaftler, der emeritierte Professor ist bekannt für seine profunden Kenntnisse der Region, für seine stets fundierten und gut verständlichen Analysen.

**Manuel Bessler** haben wir eingeladen, da er verschiedene Funktionen bei den Rotkreuz-Organisationen innehat, und weil er vor kurzem Angehörige der Geiseln in Israel getroffen hat. Er hat über 30 Jahre in der humanitären Hilfe gearbeitet, war IKRK-Delegierter und Mitarbeiter im Amt der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA) am UNO Sitz in New York. Von 2011 bis 2023 war Manuel Bessler Delegierter des Bundesrates für humanitäre Hilfe der Schweiz und Chef des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe.

Die Behauptung der Beanstanderin, dass diese ausgewiesenen Experten – wir zitieren – «alle einseitig pro-arabisch, pro-palästinensisch und teils extrem israelfeindlich, antizionistisch, antisemitisch - sind diesbezüglich im Netz auch für ihren Israelhass oder massive Israelkritik bekannt» seien, trifft nicht zu.

Kommen wir zu den zwei Gästen, die einen jüdischen bzw. palästinensischen Hintergrund haben.

**Dana Landau** ist Politologin und Friedensforscherin, und eine der vielen Jüdinnen und Juden, die kritisch gegenüber der gegenwärtigen israelischen Regierung eingestellt sind. Als Friedensforscherin hat sie sich unter anderem mit dem Nahost-Konflikt befasst. Sie ist also ebenfalls eine ausgewiesene Expertin. Sie haben wir eingeladen, weil es diese «anderen» jüdischen Stimmen gibt, sie aber selten gehört werden. Stimmen, die für Versöhnung statt Krieg plädieren. Während die gegenwärtige israelische Regierung jede Kritik an ihrem Vorgehen mit dem Vorwurf des Antisemitismus zum Schweigen bringen will, setzt sich Landau damit auseinander, welche Wege es zu einem Frieden geben könnte.

Schliesslich haben wir den Kinderarzt **Jasr Kawkby** eingeladen, einen Palästinenser, der trotz persönlicher Betroffenheit – er hat Freunde und Familie in Gaza – für Gewaltfreiheit einsteht. Und der das Leid der jüdischen Familien und Geiseln anerkennt. Er sagt, es brauche Empathie und die Anerkennung des Leids der jeweils anderen Seite, damit es Frieden geben kann. Ein Schlüsselsatz, der zeigt, dass er keineswegs ein Antisemit und Israelhasser ist. Zudem verurteilt er die Hamas, den Überfall auf Israel und das Massaker, das die Terroristen angerichtet haben. Kawkby sagte unter anderem, dass der internationale Strafgerichtshof mit seinem Haftantrag ein wichtiges Zeichen gesetzt habe für diejenigen Palästinenser, die ohne Waffen und Gewalt für ihre Rechte kämpfen wollen. Und für diejenigen Menschen in Israel, die sich ein Ende der Gewalt wünschen.

Kurz: Es ist uns unverständlich, wie die Beanstanderin diese Diskussion, die zutiefst menschlich war, und geprägt vom Willen, gemeinsam eine Lösung zu finden, derart verurteilen und als antisemitisch bezeichnen kann.

Es lässt sich in diesen 75 Minuten keine einzige Aussage finden, die diesen Vorwurf stützt.

Die **Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

Die Beanstanderin moniert wiederholt Einseitigkeit und damit Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots, wobei sie selbst einseitig urteilt. So kritisiert sie schon die Anmoderation, wonach von zerstörten Häusern in Gaza und eingekesselten Menschen die Rede sei, ohne dass bei den «Fernseh-Bildern» die Quellen angegeben würden. Dabei unterschlägt sie, dass gleich danach von «neuen Raketenangriffen der Hamas auf Tel Aviv» berichtet wird, von «Angehörigen israelischer Geiseln, die nicht wissen, ob ihre Liebsten noch leben.» Sowohl die zerstörten Häuser in Gaza als auch die Raketenangriffe der Hamas auf Tel Aviv und die Ungewissheit der Angehörigen von israelischen Geiseln sind Fakten, die auf auch international gesicherten Tatsachen ausgehen.

Vor allem aber begründet die Beanstanderin die mangelnde Meinungsbildung aufgrund der Zusammensetzung der Runde. Die Gäste würden manipulativ als «Experten» präsentiert, *«während alle Teilnehmenden, wie online leicht festzustellen, ausschliesslich pro-Palästina und gegen Israel als Staat und Israels gewählte Regierung argumentieren, veröffentlichen und publizieren.»*

Diese Vorwürfe halten einer ernsthaften Prüfung nicht stand. Das Thema des «Club» lautete: *«Naher Osten - gibt es noch Hoffnung»*. Allein schon der Titel verspricht eine Diskussion, ob eine kurz- oder mittelfristig eine Einigung zwischen Israel und den Palästinensern möglich ist. Er verspricht eine Diskussion, die auf Dialog setzt. Manuel Bessler und Dana Landau vertreten Institutionen, die in der einen oder anderen Weise auf Dialog setzen. Dana Landau arbeitet für «swisspeace». Die Organisation wurde 1988 gegründet, um unabhängige Forschung zum Thema Frieden zu unterstützen. Die wichtigsten Geldgeber sind das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA, der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) und die Vereinten Nationen. Anders, als die Beanstanderin schreibt, hat ausschliesslich das Parlament des Kantons Basel-Land die jährlich 100'000 Schweizer Franken gestrichen aufgrund einer Aussage des Direktors von «swisspeace». Er hatte sich gegen ein Verbot der Terrororganisation Hamas ausgesprochen und erwähnt, dass ein Einstaatenmodell eine Lösung im Nahostkonflikt bringen könnte. Daraus zu schliessen, bei «swisspeace» handle es sich um ein «stark antizionistisches Aktionszentrum», ist vermessen und entbehrt jeglicher Grundlage. In keiner einzigen Aussage von Dana Landau im «Club» ist auch nur im Geringsten festzustellen, dass sie «extrem anti-israelisch» oder «anti-zionistisch» sei.

Ebenso haltlos sind die Vorwürfe an Manuel Bessler. Er war von 2011 bis 2023 Delegierter des Bundesrates für humanitäre Hilfe der Schweiz und Chef des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe und hält auch heute noch Positionen inne, die ihn als sachbezogenen Experten qualifizieren. Es wäre, wenn es stimmen würde, auch völlig irrelevant, dass die amtierende Präsidentin des Roten Kreuzes in enger Uno-Beziehung mit der UNWRA steht. Manuel Bessler wurde nicht abdelegiert und vertritt seine eigene Meinung. Er erwähnte auch wiederholt die Terrorattacke der Hamas und deren brutales Vorgehen. So sagte er beispielsweise, als es um den ICC ging, er erachte die gleichzeitig erfolgte Anklage der Hamas-Führung und des Regierungschefs Benjamin Netanjahu als falsch: «Ich finde es unglücklich, dass sie gleichzeitig gekommen sind. Weil von einer Gleichstellung gesprochen

wird. Das ist natürlich nicht richtig. Es sind zwei unabhängige Anklagen. Taktisch hätte ich es besser gefunden, zuerst die Hamas anzuklagen. Das sind handfeste Beweise - die Gräueltaten wurden gefilmt. Das wäre schon im Januar oder Februar möglich gewesen. In einer zweiten Phase könnte man die israelischen Leader anklagen. Die grosse Kritik ist ja, dass eine demokratisch gewählte Regierung einer Terroristenorganisation gleichgestellt wird.»

Reinhard Schulze ist genau die wissenschaftliche Stimme, welche die Beanstanderin (zu Unrecht) vermisst: Er ist emeritierter Professor für Islam-Wissenschaften und kann das Vorgehen durchaus auch militärgeschichtlich einordnen. Was er auch tut.

Beispielsweise mit folgender zutreffenden Aussage: *«Denn was haben die Hamas in Gaza gemacht: 2007 geputscht, einen Krieg gegen Israel gestartet, ohne Legitimität aus der palästinensischen Gesellschaft zu schöpfen. Es war also ein illegitimer Angriffskrieg, den die Hamas als eine Art Parastaat startete. Jetzt würde man erwarten, dass die palästinensischen Behörden für Gerechtigkeit sorgen, indem sie gegen die Hamas vorgehen. Dass sie versuchen, die Souveränität über Gaza wiederherzustellen und die Möglichkeit zu schaffen, dass die Bevölkerung selbst gegen die Leute, die sie in das Unglück gestürzt haben, vorgeht. Daher erachte ich den ersten Schritt der Anklage des ICC als sehr plausibel. Beim zweiten Schritt habe ich mein grösseres Problem. Weil die Angeklagten Handlungen in einem anderen Kontext erfolgten, nämlich als Reaktion auf einen Angriffskrieg. Diese Reaktion ist zwar auch materiell bestimmt, also strafwürdig zu prüfen, aber sie ist materiell nicht auf gleicher Ebene zu verhandeln, weil die politischen Kontexte anders sind. Man sollte sich fragen, ob nicht andere in Situationen hätten dafür sorgen können, dass die israelischen Militäraktionen in Gaza nicht so problematisch überborden.»*

Mit Oliver Diggelmann wurde ein ausgewiesener Völkerrechtsexperte eingeladen, der die Anklage des ICC und die Anerkennung Palästinas als eigenständigen Staat durch Norwegen, Spanien und Irland rein rechtlich und nicht politisch einordnete.

Bleibt Jasr Kawkby. Ja, er stammt aus Gaza und ja, er argumentiert weitgehendst pro-palästinensisch. Allerdings setzt er sich für gewaltlosen Widerstand ein.

Auch die Ombudsstelle hätte es begrüsst, wenn neben den vier Experten (zwei, die eine sich für den Frieden einsetzenden Organisationen vertreten und zwei, die aufgrund ihrer wissenschaftlichen Erfahrung zweifellos als Experten bezeichnet werden können), eine jüdische Vertretung als Gegenüber von Kawkby in die Runde eingeladen worden wäre. Eine jüdische Stimme, die den gewaltlosen Widerstand vertreten hätte. Dana Landau war zwar eine jüdische Stimme, aber sie war als Vertreterin von «swisspeace» eingeladen und trat auch dementsprechend auf.

Aus dem Umstand, dass Kawkby weder als Experte gelten kann und ihm kein «Pendant» aus israelischer Sicht gegenübergestellt wurde, kann aber keine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes festgestellt werden. Kawkby wurde transparent vorgestellt als das, was er vertritt. Und eine ausgewogene Zusammensetzung setzt nicht voraus, dass alle Positionen quantitativ gleich vertreten sind.

Der «Club» widmete sich der «Hoffnung»: Hoffnung setzt voraus, dass man den Dialog als Mittel nutzt, der es Menschen erlaubt, Vorurteile und Konflikte zu überwinden und sich zu versöhnen. Dialog kann Menschen zu Verbündeten machen, welche sich im Wissen um ihre Unterschiede füreinander und für ein friedliches, respektvolles Miteinander einsetzen. Dafür braucht es Mut, auf Andersdenkende zuzugehen. Es braucht die Fähigkeit, zwischen den Zeilen zu lesen, um das Menschliche im Gegenüber zu erblicken. Und es braucht einen Vertrauen schaffenden Rahmen, in dem dieses Aufeinander-Zugehen stattfinden kann. Genau diesen Ansatz verfolgte der «Club» und verfolgten die Teilnehmenden über weite Strecken. In der Hoffnung, dass dieses Beispiel Schule macht. Denn nur mit dieser Dialogbereitschaft besteht Hoffnung für den Nahen Osten.

**Einen Verstoß gegen Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes stellen wir nicht fest.**

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz